

# Union in Deutschland

## Informations-Dienst

der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands

Zahlungen an Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, Bonn, Blücherstraße 14, Postscheckkonto Köln 36531 und Bankverein Westdeutschland, Filiale Bonn 7487

Nr. 54

Bonn, den 9. Juli 1952

VI. Jahrg.

## Konsultation muß ernst genommen werden

Mit einiger Überraschung stellte in der vergangenen Woche das In- und Ausland fest, daß Bundeskanzler Dr. Adenauer den westlichen Alliierten und insbesondere den französischen Nachbarn sehr deutlich zu verstehen gab, was er unter Konsultierung der Bundesregierung versteht, wenn es sich um politische oder diplomatische Aktionen handelt, die das Schicksal Deutschlands unmittelbar berühren.

Wir wissen, daß es um die Formulierung der westlichen Antwortnote an den Kreml und speziell um den Vorschlag zur Abhaltung einer Viermächtekonferenz über Deutschland ging. Über die grundsätzlichen Linien dieser Note war zwischen Vertretern der Westmächte und der Bundesregierung informativ bereits vor der Londoner Außenministerkonferenz gesprochen worden. In London wurde der Text formuliert, den der amerikanische Außenminister Acheson dann Staatssekretär Prof. Hallstein in Berlin übergab. Es war bekannt, daß die Bundesregierung die Abhaltung einer Viererkonferenz begrüßte, allerdings unter der Voraussetzung, daß bereits vorher die Garantien für Freiheit und demokratische Rechte vor, während und nach den Wahlen von Sowjetrußland anerkannt werden würden.

Was die russischen Machthaber in ihren Bereichen bis dicht an den Eisernen Vorhang unter dem lapidaren Begriff „freie Wahlen“ verstehen, haben die Erfahrungen in den Ostblockstaaten und erst recht in der sowjetischen Besatzungszone gezeigt. Auch dort hielt man selbstverständlich — wenn auch nach sowjetischem Muster — „freie Wahlen“ ab. Ein demonstratives „ja“ auf das einfache westliche Verlangen nach „freien Wahlen“ wäre von Moskau leicht auszusprechen, ohne auch nur die geringste bindende Verpflichtung oder politische Festlegung damit anerkennen zu müssen. Das und nichts anderes war der sachliche Inhalt der deutschen Präzisierungswünsche, soweit sie die Frage einer Viermächtekonferenz betrafen.

Die insbesondere wohl von Frankreich vertretene Auffassung, man müsse im diplomatischen Sprachgebrauch sich zunächst auf konziliantere Formulierungen beschränken, kann naturgemäß in Bonn nur insoweit auf Verständnis stoßen, als durch diese konzilianteren Formen nicht sachlich unterschiedliche Auslegungsmöglichkeiten bestehen, die, so z. B. hinsichtlich des Abschlusses eines Friedensvertrages für Deutschland unannehmbar sein würden. Konzilianz wäre in diesem Falle nichts anderes als Mangel an Klarheit der Konzeption. Es ist deshalb erfreulich zu hören, daß über das Wochenende amtliche britische Kreise sich zur einzig

möglichen Interpretierung des Artikels 7 im Deutschlandvertrag bekannt haben, wonach die Westmächte und die Bundesrepublik eine gemeinsame Politik betreiben sollen mit dem Ziel, einen Friedensvertrag auf Grund freier Verhandlungen mit Gesamtdeutschland abzuschließen.

Die Mitte vergangener Woche von den Hohen Kommissaren ihren Regierungen weitergeleiteten schriftlich eingereichten deutschen Textwünsche sind über das Wochenende in Paris zwischen den hierfür maßgeblichen westlichen Diplomaten überprüft

worden. Wie aus Pariser und Londoner Meldungen ersichtlich, hat diese Überprüfung zu Änderungen, bzw. Ergänzungen im deutschen Sinne geführt. Zahlreiche ausländische Pressestimmen sprechen von einem „Erfolg“ Dr. Adenauers. So gern wir das auch hören, soll doch hier gesagt werden, daß es weder um einen „Erfolg“ der Westmächte noch um einen „Erfolg“ Adenauers geht. Im Sinne einer gemeinsamen Politik kann Konsultation der Bundesregierung durch die Westmächte niemals den Charakter des „Zensierens“ haben. Konsultation bedeutet gerade im aktuellen Fall, daß die deutsche Auffassung sowohl im Entstehungsstadium der Note, als auch bei den einzelnen Etappen ihrer Formulierung zur Geltung kommen kann. Später, nach vollendeter Formulierung angemeldete deutsche Wünsche, auch wenn sie als berechtigt anerkannt werden, stören den Stil einer gemeinsamen Politik, die in der Grundlage von allen Beteiligten angestrebt wird.

## Die Reihe der Ratifizierung

In dieser Woche beschäftigt sich der Deutsche Bundestag in erster Lesung mit den deutsch-alliierten Vertragswerken. Die Behandlung der bis jetzt für die Bundesrepublik entscheidendsten außen- und innenpolitischen Probleme wird von beiden Lagern der Weltpolitik weniger als technische und termingemäße Parlamentsausprache, denn als ein zweifellos hochbedeutendes politisches Ereignis gewertet, dessen Auswirkung auf die Umwelt nicht ohne Einfluß sein wird. Aber im Rahmen der Gesamtentwicklung interessiert auch, welche Prozedur und welche Termine für die endgültige Ratifizierung in allen anderen Teilnehmerstaaten zu erwarten sind.

Der amerikanische Senat hat als erstes parlamentarisches Gremium den Deutschlandvertrag mit 77 gegen 5 Stimmen verabschiedet. Der Verabschiedung im Senat gingen Beratungen im außenpolitischen Ausschuß voraus, in deren Verlauf der amerikanische Außenminister Acheson die großen Linien der amerikanischen Europapolitik entwickelte und der amerikanische Hohe Kommissar in Deutschland, John McCloy, besonders auf die Verhältnisse in Deutschland einging. Der amerikanische Kongreß — der etwa dem Deutschen Bundestag gleichzusetzen ist — braucht nach der Verfassung der Vereinigten Staaten zu dem Deutschlandvertrag nicht mehr gehört zu werden. Die Unterschrift von Präsident Truman ist ausreichend, um die Ratifizierung rechtsgültig zu machen.

Die Ratifizierung des Deutschlandvertrages in Großbritannien ist noch einfacher als in den Vereinigten Staaten, da für die Ratifizierung die Unterschrift des Außenministers genügt. Zeitlich dürfte jedoch damit zu rechnen sein, daß Großbritannien nicht vor den Parlamentsferien ratifiziert. Deren Termin steht noch nicht fest, deckt sich aber voraussichtlich mit den

Ferien des Bundestages. Wenn der englische Außenminister Eden in der Zeit der Parlamentsferien seine bindende Unterschrift für Großbritannien nicht leisten möchte, so bedeutet dies eine Rücksichtnahme auf die Oppositionsgruppe und ihre Wünsche. Die Opposition hatte angekündigt, daß sie eine Debatte im Unterhaus verlangt. Zum Abschluß einer solchen Debatte wird eine Abstimmung stattfinden über die Zustimmung zur Politik der Regierung in dieser speziellen Frage. Für diese Abstimmung ist nur eine einfache Mehrheit erforderlich, an deren Zustandekommen man im allgemeinen nicht zweifelt.

Sachlich und zeitlich am schwierigsten gestaltet sich die Ratifizierungsfrage naturgemäß in Frankreich. Dort ist die gleiche Prozedur erforderlich wie in der Bundesrepublik, d. h. sowohl die Nationalversammlung wie der Rat der Republik (deutsche Parallele ist der Bundesrat) müssen mit Mehrheit den Verträgen von Bonn und Paris zustimmen, ehe sie der Präsident der Republik mit seiner Unterschrift für Frankreich rechtsgültig erklären kann. Ebenso wie in Bonn werden die Verträge — beide gemeinsam — zunächst in den zu-

ständigen Ausschüssen (Außenpolitischer und Armee-Ausschuß) beraten. Daraufhin erfolgt die erste und eventuell eine zweite Lesung in der Nationalversammlung. Falls der im Anschluß an die Nationalversammlung mit der Behandlung der Verträge befaßte Rat der Republik die Ratifizierung ablehnt, muß die Nationalversammlung ihre Abstimmung wiederholen. Sie kann dann ihren Beschluß bestätigen, wenn sich eine absolute Mehrheit der vorhandenen Stimmen (also mindestens 314) für die Ratifizierung ergibt.

Das französische Parlament beginnt voraussichtlich bereits am 14. Juli mit seinen Parlamentsferien. Sie dauern bis Anfang Oktober, so daß kaum mit einer Entscheidung vor Anfang November zu rechnen ist. Von den Parteien sind die kommunistische und die gaullistische als Gegner der Verträge anzusehen. Beide Parteien besitzen zusammen 214 von insgesamt 628 Stimmen. Die Haltung der Sozialisten ist noch nicht klar, sie dürfte wesentlich von der außen- und innenpolitischen Entwicklung in den kommenden beiden Monaten bestimmt werden.

Für Italien und die Benelux-Staaten geht es nur um die Ratifizierung des EVG-Vertrages. In Italien ist ebenfalls nicht mit der Behandlung in der Abgeordnetenkammer und im Senat vor den Parlamentsferien zu rechnen. Die poli-

tische Grundlinie der italienischen Politik läßt erwarten, daß die Ratifizierung ohne größere Schwierigkeiten erfolgen kann. Die christliche Partei Italiens (Democrazia Christiana) besitzt in der Abgeordnetenkammer allein und im Senat mit den anderen Mittelparteien gemeinsam die Mehrheit.

In Belgien, Holland und Luxemburg werden sich sachlich ebenfalls aller Voraussicht nach für die Ratifizierung keine Schwierigkeiten ergeben. Die Verzögerung der Ratifizierung eventuell in Holland könnte lediglich durch die fälligen Neuwahlen möglich sein.

Aus diesem Überblick wird ersichtlich, daß im Mittelpunkt aller kritischen Erwägungen Deutschland und Frankreich, sowohl unabhängig von einander als auch in ihrem Verhältnis zueinander stehen. In der Bundesrepublik erwartet man zunächst die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die Vereinbarkeit von EVG-Vertrag und Grundgesetz. In Frankreich, dessen bekannte labile Haltung trotz aller entfaltenen Initiative im europäischen Sinne gerade in den letzten Wochen den Gang der politischen Entwicklung in Westeuropa empfindlich beeinflusste, sind gerade hinsichtlich des EVG-Vertrages noch viele Hürden zu nehmen. Dennoch besteht weiter die Hoffnung, daß die mit Geduld und viel politischem Verstand begonnene Arbeit an der europäischen Einheit bald ihre Früchte trägt.

## Die Vertrauenskundgebung der hessischen CDU

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß auch im sozialdemokratisch regierten Lande Hessen ein sehr großer Teil der Bevölkerung zutiefst von der unbedingten Richtigkeit der Gesamtpolitik des Bundeskanzlers überzeugt und darüber hinaus bereit ist, sich für die Verwirklichung dieser großen politischen Konzeption aktiv einzusetzen, so hat der Landesparteitag der hessischen CDU diesen Beweis klar und eindringlich erbracht. Auch in der glühenden Hitze, die am Samstag über der alten Bischofsstadt Limburg brütete, hielt das hohe geistige Niveau der inhaltvollen, beispielhaft einmütigen und oftmals leidenschaftlich begeisterten Diskussion jede Anwendung von Müdigkeit fern.

Die politische Ernte dieses Parteitages war so ertragreich, daß nur über die wichtigsten Momente und Ergebnisse ein kurzer Überblick gegeben werden kann.

### „Kein Optimist hätte geglaubt...“

Das Hauptreferat über die politische Lage erstattete der Vorsitzende der Bundestagsfraktion der CDU, Abg. Dr. von Brentano. Zu viele deutsche Vorleistungen habe der Bundeskanzler den Westmächten angeboten, behauptet die Opposition. Jawohl, antwortet Brentano, eine Vorleistung hat er allerdings vollbracht, nämlich die Wiederherstellung des Vertrauens zu Deutschland in der Welt, und das ehrt ihn und das deutsche Volk. Man muß sein politisches Werk nur in seiner Gesamtheit sehen. Bei Kriegsende hätte der kühnste Optimist nicht geglaubt, daß nach sieben Jahren ein Werk dieses Geistes und dieses Inhalts unterschrieben werden konnte. Von der Opposition könnte z. B. in Berlin keiner so sprechen, wie er es hier bei uns tut. Dort würde er mit Steinen beworfen werden. Man würde jeden, der noch glaubt, mit den Russen zusammengehen zu können, als primitiven Vogel-Strauß-Politiker abtun.

Haben wir es nötig, und ist es überhaupt richtig, sich gegen die Unterstellung der Opposition zu verteidigen? Was bringt sie

vor? Sie behauptete immer wieder, der Weg des Kanzlers sei falsch, aber in allen Zielen ist sie sich angeblich mit uns völlig einig. Sie sagt aber nie, welchen Weg sie für den richtigen halten würde. In rein negativer Kritik ohne den geringsten positiven Beitrag zur Lösung des Problems verharret diese Opposition. Das ist nicht verantwortungsbewußt. Das ist überhaupt keine Politik mehr, sondern nur noch schlechte Demagogie. Dagegen muß zum Angriff vorgegangen werden, zum Angriff für die Interessen des deutschen Volkes.

### Aus der Landespolitik

Aus den „hohen Regionen“ der deutschen Befreiungspolitik lenkte dann der Vorsitzende der hessischen CDU, Minister a. D. Dr. Hilpert, die Diskussion (wie er sagte) in die „Niederungen“ der hessischen Landespolitik. Auch hier ist früher einmal, als nämlich die CDU noch an der Regierung beteiligt war, viel Produktives geleistet worden, aber jetzt nutzt die SPD ihre absolute Majorität dazu aus, um ihrer eigenen kleinen Führerschicht alle Rechte zu sichern, und die Partei wird immer mehr von einer „wortklingelnden, substanzlosen Schicht von Akademikern und Funktionären“ überschattet. Die Kommunalwahlen vom 4. Mai haben der SPD jedoch gezeigt, daß sie in Hessen nicht allmächtig ist, und die CDU hat aus dem 4. Mai die Lehre gezogen, daß sie sich auf dem Boden der Toleranz zwischen den beiden Konfessionen noch fester zusammenschließen und vor allem eine entschieden soziale Politik betreiben muß.

### Pfarrer rücken scharf von Niemöller ab

Die Anregung Dr. Hilperts, den Gedanken der „Union“ durch noch festeren Zusammenschluß der beiden christlichen Bekenntnisse stärker zu realisieren, wurde in der Diskussion lebhaft aufgegriffen, und die Vertreter beider Kirchen versicherten ihre volle Bereitschaft zu weiterem Fortschreiten auf diesem Wege. Mehrere Angehörige der evangelischen Geistlichkeit, darunter ein Mitglied der

hessischen Synode, sprachen in größter Empörung über die Haltung des hessischen Kirchenpräsidenten Niemöller, von dem sie sich auf das entschiedenste distanzieren. Die jüngste Äußerung Niemöllers, Deutschland müsse in einem eventuellen Kriege an der Seite der Sowjetunion stehen, wenn es nicht biologisch vernichtet werden wolle, rief in Limburg leidenschaftlichen Protest sowie die Antwort hervor, ob Niemöller nicht wisse, daß die Deutschen im Osten bereits biologisch vernichtet werden.

### Dank an Dr. Hilpert

Dieser Landesparteitag war der letzte, der unter der Leitung Dr. Hilperts stand. Vor sieben Jahren hatte er im gleichen Saale in Limburg den ersten eröffnet, und in diesen sieben Jahren hat Dr. Hilpert so überaus viel für die hessische CDU und für die hessische Landespolitik geleistet, daß es der Partei ungemein schwer wird, diese überragende politische Persönlichkeit zu verlieren. Wegen seines Eintrittes in die Verwaltung der deutschen Bundesbahn sieht er sich veranlaßt, von allen politischen Ämtern zurückzutreten. Im Namen des Parteivorstandes, Bundeskanzlers Dr. Adenauer, sprach Abg. Dr. von Brentano dem langjährigen Vorsitzenden der hessischen CDU den Dank der Gesamtpartei aus. Zum Nachfolger Dr. Hilperts wurde einstimmig der Frankfurter Landgerichtsrat Dr. Fay gewählt. Er proklamierte als oberste Richtlinie seiner künftigen Politik, daß er die CDU nicht als eine Partei wie andere Parteien und nie als die Vertretung irgendwelcher Interessentengruppen betrachten werde, sondern als „die Christen im öffentlichen Leben“ und zugleich als diejenigen, die den europäischen Gedanken am ersten verstanden haben. Es war ein guter Auftakt für die Tätigkeit des neuen Vorsitzenden, daß mit dieser Amtsübergabe als erste neue Aktion der hessischen CDU die Beschlußfassung über eine Adresse an den Bundeskanzler als Ausdruck unerschütterlichen Vertrauens zu seinem politischen Wege verbunden war.

## Das interessiert Sie ...

Trotz der beginnenden Reisezeit verzeichneten die öffentlichen Sparkassen im Mai einen Einzahlungsüberschuß im Sparverkehr von 95,5 Mill. DM, der zuzüglich 2,4 Mill. DM Zinsgutschriften den Spareinlagenbestand auf 3,89 Milliarden DM erhöhte. Der saisonmäßige Rückgang im Vergleich zum April (116,4 Mill. DM) war also schwächer, als man hätte erwarten können. Seit Jahresbeginn ist nunmehr ein Einzahlungsüberschuß von 560,5 Mill. DM erzielt worden. Das Ergebnis des gesamten Jahres 1951 war damit bereits Ende Mai um rund 40% übertroffen, während der Einzahlungsüberschuß des sparpolitisch recht günstigen Jahres 1950 in 5 Monaten fast erreicht wurde.

Für den 75. deutschen Katholikentag in Berlin vom 19.—24. August haben sich, wie jetzt bekannt wird, bereits über 100 000 Teilnehmer angemeldet.

Der Haushaltsausschuß des Bundestages hat für die Unterstützung von Kriegsgefangenen, Straf- und Untersuchungsgefangenen und Internierten im Ausland einen Mehrbetrag von 2,04 Millionen DM gegenüber den bisher im Bundeshaushalt eingesetzten Mitteln bewilligt. Damit kann der Betreuungssatz von 10 auf 15 DM erhöht werden.

# Vertriebene und EXIL-CDU

Jakob Kaiser:

## Nationalbewußtsein und deutsche Aufgabe

Auf dem Rheinischen Heimattag in Trier setzte sich der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen für ein echtes Nationalbewußtsein in klarer Deutung und Abgrenzung dieser Haltung ein. Er führte u. a. aus:

Man will heute weniger vom nationalen Bewußtsein hören. Auf der Tagesordnung der Völker steht die Schaffung der Europäischen Gemeinschaft. Ich sage von Herzen „Ja“ zu einer echten Einigung Europas. Aber es darf nicht vergessen werden, daß ein gesundes vereinigtes Europa über gesunde Nationalstaaten geht. Ich habe immer den Eindruck, daß sich alle europäischen Staaten dieser Tatsache sehr bewußt sind und daß sie um die Unversehrtheit ihres nationalstaatlichen Daseins sehr besorgt sind. Nur uns — den Deutschen — will man das noch nicht so recht zugestehen. Täte man es, so wäre es nicht möglich, daß interessierte Kreise die Heimatliebe der Saarländer umdeuten in angeblichen Willen zu politischer Autonomie, zu einem Staat außerhalb des deutschen Staatsverbandes. Gerade unsere französischen Nachbarn haben ein ausgesprochen starkes Empfinden für die Integrität ihrer Landesgrenzen. Sie würden ihre eigene Auflehnung gegen irgendwelche Abtrennung französischen Staatsgebietes sicher nicht als Nationalismus empfinden, sondern als ihr natürliches Recht auf der Welt. Und wir gestehen das unseren französischen Nachbarn auch ohne jeden Vorbehalt zu. Man sollte das Gleiche aber auch unserem schwergeprüften Volke zugestehen. Man sollte Verständnis für unser natürliches nationales Empfinden haben. Wie können wir schließlich im Osten überzeugend gegen Gewalt und Terror protestieren, wenn im Westen dem Recht auf Heimat- und Volkszugehörigkeit die Verwirklichung versagt bleibt!

Es geschieht nicht von ungefähr, daß von dem Regime in der Sowjetzone nationalistische Parolen ausgegeben werden. Wer neulich in den kommunistischen Blättern der Sowjetzone die verlogene Verherrlichung von Scharnhorst, von Gneisenau und von York gelesen hat, der weiß, mit welcher Skrupellosigkeit man das zerrissene deutsche Volk zu verwirren trachtet. Die Kommunisten der Sowjetzone beschwören heute den Geist von Fichte, von Ernst Moritz Arndt und von Jahn. Mit solchen Mitteln versucht der Bolschewismus aus der deutschen Jugend national-bolschewistische Soldaten zu machen.

Umso mehr ist es Sinn und Aufgabe der Politik der freien Völker, zu einem ehrlichen, abgeklärten Neben- und Miteinander der Nationen zu kommen. Zu einer Achtung echten Nationalempfindens, auch des deutschen. Denn nur daran kann sich die Bevölkerung der Sowjetzone stärken und zurechtfinden.

Man hat dem Rheinländer manchmal nachgesagt, seine Sympathien für den deutschen Osten seien nicht allzu stark. Nun, ich habe die großen Kundgebungen unserer Heimatvertriebenen in Köln, in Düsseldorf und in anderen Städten des Rheinlandes erlebt. Ich habe die Bewunderung erlebt, mit der die Rheinländer sich der Heimatverbundenheit der ostdeutschen Vertriebenen bewußt geworden sind. Nicht nur das. Sie erlebten vielleicht dort und bei ostdeut-

schen Ausstellungen zum ersten Male, wie sehr ostdeutsche Kultur und Kunst von der westdeutschen bedingt und befruchtet wurde. Die gotischen und barocken Heiligtümer von Schlesien sind nicht minder kostbar als die des Rheinlandes oder die der süddeutschen Landschaft. Dazu kommt noch die tägliche Begegnung mit den Heimatvertriebenen, in der Schule, im Haus und an der Werkbank. Gemeinsames Kulturbewußtsein und alltäg-

Gerold Rummler:

## Wie sieht die Sowjetzone den Deutschlandvertrag?

„Durch die Unterzeichnung des Generalvertrages sind die Russen gereizt und schikanieren unsere Brüder und Schwestern im Osten noch mehr als sonst“, solche und ähnliche Aussprüche hörte ich in den letzten Wochen in den verschiedensten Bevölkerungsteilen der Bundesrepublik. Diese Äußerungen zu der praktischen Verhängung des Ausnahmezustandes in der Sowjetzone entspringen einer echten Besorgnis und Anteilnahme für die leidtragende Bevölkerung der ostzonalen Grenzgebiete. Diese Terrormaßnahmen der Grotewohl-Regierung haben ihren Ursprung keineswegs in dem vom Kanzler unterzeichneten Generalvertrag. Vielmehr diene diese Unterzeichnung den Pankowern als ein begehrter Vorwand, um ihr Gebiet von der freiheitlichen Welt zu isolieren. Herr Eisler und seine Presse bemühen sich ohne Unterlaß, die Bundesregierung für diese unerhörten Schikanen verantwortlich zu machen. Fanden nun diese plumpen Betrugsmanöver in der Sowjetzone selbst Gehör und Glauben?

Vergessen wir doch keinen Augenblick, daß die Menschen in der deutschen Sowjetzone seit Jahren die Töne der kommunistischen Propagandaorgel über sich ergehen lassen müssen. Sie haben in dieser Zeit gelernt, die östlichen Friedensbeteuerungen als das zu erkennen, was sie wirklich sind: völlige Verdrehungen der Wirklichkeit! Daran ändern auch nichts die zu Tausenden gefaßten „Entschließungen und Proteste“, in denen die „Werk tätigen“ spontan gegen Generalvertrag und europäische Verteidigungsgemeinschaft Stellung nehmen müssen. Jeder Kenner der Sowjetzone weiß, wie solche Dinge zustande kommen. Diese „Spontanität“ wird von oben befohlen, und

- Sonderbeilage: Vertriebene und Exil-CDU

Die bisherige Sonderbeilage „Mitteilungen für die Exil-CDU“ wird in Zukunft zweimal im Monat erscheinen. Vielfachen Wünschen und Anregungen aus den Reihen unserer Parteifreunde entsprechend, die einen besonderen Platz für Information und Aussprache innerhalb der „Union in Deutschland“ wünschen, werden in Zukunft auch die Interessen der Vertriebenen aus dem Osten in diese Sonderbeilage einbezogen. Es wird auch hier um rege Mitarbeit an der Gestaltung dieser Beilage gebeten.

liche Begegnung werden zur Quellengster Verbundenheit unseres gesamten Volkes. Darum muß es uns gehen! Denn nur aus einer solchen Verbundenheit erwächst ein Wille zur Wiedervereinigung der Deutschen, der es der Welt unmöglich macht, sich dem Anliegen der 70 Millionen, die wir geblieben sind, zu verschließen. Sondern der sie zwingt, zur Verwirklichung dieses Zieles beizutragen.

Hier, angesichts der Porta Nigra — des Denkmals einer ehrwürdigen Vergangenheit dieser Stadt — grüßen wir die 20 Millionen jenseits des willkürlich geschaffenen Sperrgürtels, des eingeeengten Berlins und unsere Landsleute an der Saar. Der Tag wird kommen, an dem die Deutschen wieder ein Volk sein werden.

kein Arbeiter, dem Stellung und Sicherheit lieb sind, wird es wagen, gegen den Willen Pankows seine Hand zu erheben. Was aber denken nun wirklich die Deutschen in der Ostzone über die Politik des Westens und der Bundesrepublik?

Kein Mensch in Westdeutschland kennt wohl das Wesen der Moskauer Politik besser als jene, die schon länger als 7 Jahre Objekt dieser Politik sein müssen. Sie wissen besser als mancher Zweifler in der Bundesrepublik, wie richtig das Argument des Kanzlers von der Vorbedingung einer imponierenden Stärke für ein vernünftiges Gespräch mit Moskau ist. Der Defa-Propagandafilm „Das verurteilte Dorf“, der den „heldenhaften Widerstand“ der westdeutschen Bauern gegen die Anlegung eines amerikanischen Flugplatzes schilderte, begeisterte die Menschen im Sperrgebiet so, daß sie ähnlich erfolgreich in der Ostzone zu sein versuchten. Im Thüringer Landkreis Hildburghausen zum Beispiel kam es zu einem neunstündigen Kampf der Bauern mit der Volkspolizei. Der Widerstand der Dorfbevölkerung konnte erst gebrochen werden, als eine sowjetische Einheit zur Hilfe herangeholt wurde. Alle Männer dieses Ortes wurden von der Volkspolizei mit unbekanntem Ziel verschleppt.

Die Briten in Westberlin dagegen haben durch ihre bewaffnete Umstellung des kommunistischen Funkhauses die Russen mit einem Schläge verhandlungsbereit gemacht. Ein Zeichen dafür, daß der Russe nur die Sprache versteht, die er selbst spricht. Wie bei dieser Entscheidung im kleinen, so ist für Moskau auch für politische Entscheidungen größeren Stils die jeweilige Stärke der anderen Seite bestimmend.

Wenn ich oben gesagt habe, daß die Menschen in der Sowjetzone innerlich die Politik des Westens bejahen und unterstützen, so wollen wir doch keinen Augenblick vergessen, daß es die Verpflichtung der Bundesrepublik ist, unseren Brüdern und Schwestern hinter dem Eisernen Vorhang nicht nur immer wieder erneut zu versichern, daß es das unverrückbare Ziel ist, die Befreiung der Ostzone und Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlichem Wege zu erreichen, sondern diese Haltung auch mit helfender Tat zu bekräftigen. Es besteht die Gefahr, daß unter dem ständigen Druck bei manchen aufrechten Men-

# Die Meinung der Flüchtlinge

## Gespräche in den Lagern — Flüchtlinge sehen klarer

Unser Pa-Mitarbeiter hat fortlaufend Gelegenheit, mit zahlreichen Flüchtlingen der „letzten Welle“ zu sprechen. Er berichtet:

Als die seit langem vorbereiteten Maßnahmen zur Evakuierung des Grenzstreifens am „Eisernen Vorhang“ durchgeführt wurden und diejenigen, denen noch oder rechtzeitig die Flucht in die Bundesrepublik gelang, in die Notaufnahmelager Uelzen und Gießen kamen, wurden ihnen dort gewisse Fragen gestellt. Fragen, die sich auf die politische Entwicklung in den letzten Wochen und Monaten beziehen. Die Politik der Bundesregierung, der Verteidigungsbeitrag und der sogenannte Generalvertrag sowie die Herkunft und der Umfang ihrer Kenntnisse über diese Dinge, das war zumeist der Inhalt des mit den Flüchtlingen geführten Wechselsgesprächs.

„Wir waren gar nicht so abgeschlossen, wie ihr annehmt“, so wurde geantwortet. „Wir hörten den ‚Rias‘ und sonstige westliche Sender, wird sind genau unterrichtet.“ Die Flüchtlinge bejahen in der Mehrzahl den Verteidigungs- und den Generalvertrag und sind durchweg vorbehaltlose Anhänger der Bundes-Regierungspolitik. Ihnen, den jetzigen Flüchtlingen, wurde seit Jahren, seit man sie den sowjetischen Alliierten zur Ausbeutung und demokratischen Erziehung überließ, klar, daß die Sowjets eine Abschließung der von ihnen beherrschten Zone und der in ihr befindlichen Menschen und Wirtschaftsgüter betrieben. Auch der Aufbau militärähnlicher Kader, der schon im Jahre 1947 begann, die Entwicklung der Zuchthäuser und Wiederbelebung der Kzs, die Volksrichter und Neulehrer, kurz die ganze verstärkte Neuaufgabe des bis 45 gewohnten Rechts- und Kulturlebens, die praktisch vollkommene wirtschaftliche Enteignung der ganzen Zone im Dienste der von den Sowjets geforderten Wiedergutmachung als Gesamtschuld des deutschen Volkes, das mußten und müssen sie über sich ergehen lassen. Des-

### Wie sieht die Sowjetzone den Deutschlandvertrag?

schon der Zone Zweifel wach werden, ob die Unterzeichnung des Generalvertrages nicht so sehr als ein Schritt zur deutschen Einheit, sondern vielmehr als egoistische Isolierungsmaßnahme der Bundesrepublik gegen den Bolschewismus anzusehen ist. Über die westlichen Rundfunksender haben die Menschen dort drüben von eigenmächtigen Grenzveränderungen der Sowjets an der Demarkationslinie gehört. Sie haben auf entschiedene Gegenmaßnahmen der Westmächte in diesen Fällen gewartet. Solche, auch noch so kleine Zwischenfälle sind geeignet, das Vertrauen zur Entschlossenheit des Westens zu stören. Wer dann noch dazu über den Zonensender Ost — den Rias — die Nachricht vernahm, daß in diesen Tagen, 7 Jahre nach Kriegsende und nach der Unterzeichnung des Deutschland- und des EVG-Vertrages, französische Gerichte noch „Kriegsverbrecher-Prozesse“ führen, der kann tatsächlich an der Echtheit des westeuropäischen Wollens zweifeln.

Wichtigste politische Aufgabe der nächsten Wochen ist hier und drüben, dem Gerede vom „Abgeschriebensein des Ostens“ wirksam entgegenzutreten, die Bedeutung des Deutschlandvertrages für die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes aufzuzeigen und dadurch die immer stärkere Zustimmung unseres ganzen Volkes zu dem

von der freiheitlichen Welt eingeschlagenen Weg zu erreichen.

half sehen sie auch viel klarer und schärfer, sie, das ganze Volk drüben. Deshalb be-greifen sie, die Deutschen in der Zone und die heute angesprochenen Flüchtlinge, die parteipolitischen Spannungen der Bundesrepublik in der Behandlung obiger Fragen nicht. Sie wissen, die Gier der Sowjets kennt keine Grenzen, auch keine Partei-grenzen, und zur Erreichung sowjetischer Ziele gelten weder nationale noch menschliche Rücksichten. Derartige Feststellungen werden von mehr oder weniger prominenten Vertretern der Sowjets, den Offizieren der Kreis- und Landeskommandanturen und ihren Schergen, geheim und offen brutal erklärt und damit ihnen gedroht. Auch die Bevölkerung der Sowjetzone will keinen Krieg, aber der bisherige macht-, ja schutzlose Zustand verursacht ihr Alpdrücken. Immer und immer wieder bringen die Menschen aus Brandenburg, Sachsen, Thüringen usw. zum Ausdruck, daß es in diesen wenigen und großen Fragen der deutschen Außenpolitik für sie gar keinen Kompromiß, kein Schwanken gibt. Da die Zone tatsächlich verklavt ist, erwartet diese alles von der Bevölkerung der Bundesrepublik. Diese ist für sie gegenwärtig Treuhänder deutschen Wollens und Lebenswillens. 20 Millionen Menschen der Zone fordern von 50 Millionen der Bundesrepublik, daß sie das Parteigezänk einstellen und die von ihnen bejagte Politik der Bundesregierung unterstützen, daß Koalition und Opposition in den großen Anliegen des deutschen Volkes eine positive und gemeinsame Haltung einnehmen.

Wenn dann in den Notaufnahmelagern Leute an die Flüchtlinge herantreten und ihnen einzureden versuchen, daß sie ihr Unglück der Unterschrift des Bundeskanzlers unter die Verträge verdanken, so wirkt das und die ähnliche Erklärung eines Abgeordneten im Bundeshaus-Plenum auf sie selbst erschütternd. Die Szene wird tragikomisch, wenn die Flüchtlinge, wie in einem Falle in Gießen geschehen, mitteilen, daß der Evakuierungsschein sogar Leuten zugestellt wurde, die schon verstorben waren. Das ist der klarste Beweis, daß die Aktion vor längerer Zeit und auf höherer Ebene vorbereitet wurde und die politischen Handlungen in Bonn und Paris nur den willkommenen Vorwand zur Durchführung lieferten, mit dem man wieder einmal, von seiten der Sowjets und ihren Pankowern Beauftragten, Propaganda treiben wollte. Die Bevölkerung in der Zone und die Flüchtlinge haben ganz klare Vorstellungen von dem, was Deutschland, was die deutsche Bevölkerung braucht und was wir alle einer freiheitlichen Welt schuldig sind.

Diese Menschen fühlen sich als Europäer und der westlichen Welt zugehörig. Der Bolschewismus und seine Erscheinungsformen in ideeller und wirtschaftspolitischer Hinsicht werden schärfstens abgelehnt. Insbesondere aber alle östlichen Kreuzzugstendenzen mit den hiermit verbundenen asiatischen Unterdrückungs- und Gewaltmaßnahmen. Darum die allgemeine Erkenntnis, daß hiergegen eine militärische Verteidigung geschaffen und bejagt werden muß, auch vom ganzen deutschen Volk. Die militärische Rüstung allein ist allerdings auch nach Ansicht der

Sowjetzone nicht geeignet, die kommunistische Ideologie, auch nicht in der Form des sowjetischen Imperialismus, zu überwinden. Das kann nur in einer neuzeitlichen, von wirklichkeitsnahen Idealen und dem Christentum getragenen und beeinflussten sozialen Ordnung geschehen.

So sehen die Bevölkerung der Zone und die Flüchtlinge ihre und der Bundesbevölkerung vorhandenen Anliegen und Verpflichtungen, vor sich selbst und innerhalb der freien Welt!

## Verstärkte Sport-Infiltration

Vom 27. Mai bis zum 2. Juni 1952 fand in Leipzig die 4. Parlamentsversammlung der kommunistischen „Freien Deutschen Jugend“ statt. Die Wahl des Veranstaltungsortes war unmittelbar im Anschluß an die kommunistischen Weltjugendfestspiele im August 1951 in Ostberlin getroffen worden. Maßgebend dafür war der Wunsch des SED-Politbüros, den Teilnehmern des nächsten FDJ-Treffens eine Begegnung mit der freien Bevölkerung der Berliner Westsektoren unmöglich zu machen. Unverändert hielt die FDJ-Führung jedoch an dem Bestreben fest, möglichst viele Teilnehmer für die Leipziger Veranstaltung aus dem Westen zu gewinnen. Zur Tarnung des politischen Grundcharakters dieses Treffens wurden sogenannte Sport- und Kulturfestspiele veranstaltet.

Das Düsseldorfer FDJ-Büro, das nach dem Verbot der FDJ in der Bundesrepublik illegal die Leitung dieser Organisation in Westdeutschland übernommen hat, war aus Ostberlin angewiesen worden, in Zusammenarbeit mit der KPD Initiativ-Komitees für das Leipziger FDJ-Treffen zu bilden. Gleichzeitig bemühte sich der sogenannte „Sportausschuß der Deutschen Demokratischen Republik“ im sowjetischen Sektor von Berlin um die Herstellung von Verbindungen zu westdeutschen Sportkreisen. In diesem Zusammenhang war erneut der Rennfahrer v. Brauchitsch tätig, der kürzlich erst bei einer Sportkonferenz in Mannheim wieder in Erscheinung getreten ist.

## „Freier Handel“ Sowjetzone - UdSSR

In der Zeit von 1945 bis 1951 wurden aus der deutschen Sowjetzone an die Sowjetunion geliefert:

1. Beutegut im Werte von \$ 2 000 000 000
  2. Demontiertes Gut im Werte von . . . . \$ 4 000 000 000
  3. Lieferungen aus der laufenden Produktion u. aus Sonderprogrammen \$ 12 000 000 000
  4. Industrieunternehmen als Sowjet-AG's im Werte von . . . . . \$ 3 200 000 000
  5. Güter an d. Besatzungstruppen im Werte von \$ 1 400 000 000
  6. Uranbergbau für 3 Jahre \$ 1 200 000 000
  7. Für Fonds der Garantie und Kreditbank . . . . \$ 1 400 000 000
- \$ 25 200 000 000

15 000 mit Reparationsgütern beladene Waggons werden monatlich aus der Sowjetzone an die UdSSR abgefertigt. — 55 v. H. ihrer Gesamtproduktion liefert die Sowjetzone als Reparationsleistungen ab. — Von je 10 Arbeitsstunden der deutschen Bevölkerung zwischen Elbe und Oder sind 5½ für das Reparationsprogramm bestimmt.

## A II d Politische Persönlichkeiten

### Dr. Fay CDU-Landesvorsitzender in Hessen

Zum neuen Landesvorsitzenden der CDU Hessen wurde Landesgerichtsrat und Stadtrat Dr. Wilhelm Fay (Frankfurt) gewählt. Sein Vorgänger war Staatsminister a. D. Dr. Werner Hilpert, der wegen seiner Berufung in das Direktorium der Bundesbahn aus der Parteiführung der CDU Hessen ausscheidet. — Der Landesparteitag sprach Bundeskanzler Dr. Adenauer in einem Telegramm das Vertrauen der hessischen CDU aus und erklärte, daß die hessische CDU der Ratifizierung des Deutschland- und des EVG-Vertrages zustimme. 9. Juli 1952

### Dr. Ehard wieder CSU-Landesvorsitzender

Der bisherige erste Landesvorsitzende der bayrischen CSU, Ministerpräsident Dr. Hans Ehard, wurde am vergangenen Wochenende auf dem Landesparteitag der CSU wieder zum Landesvorsitzenden gewählt. Er wurde damit in vier aufeinanderfolgenden Jahren mit der Leitung der Partei betraut. Dr. Ehard bedauerte die persönlichen Gegensätze innerhalb der CSU, als er über den Konflikt zwischen Kultusminister Dr. Hundhammer und dem ehemaligen Justizminister Dr. Müller berichtete. Generalsekretär Strauß kritisierte die Personalpolitik der Bundesregierung im Auswärtigen Amt und im Amt Blank. Auch habe die CSU zur Entlastung des 76jährigen Bundeskanzlers die Ernennung eines Außenministers gewünscht. Bundeskanzler Dr. Adenauer hatte der Landesversammlung ein Grußtelegramm übermittelt. 9. Juli 1952

## A III 2 Außerparlamentarische Gruppen

### GdA in die DAG übergegangen

Die in West-Berlin bestehende GdA (Gemeinschaft der Angestellten) ist jetzt mit der im Bundesgebiet gültigen Vertretung der Angestellten, der DAG, verschmolzen worden. Die GdA wurde vor drei Jahren in Berlin von einigen Mitgliedern des früheren Gewerkschaftsbundes der Angestellten für den Bereich von West-Berlin zu dem Zweck gegründet, Ansprüche auf das Gewerkschaftsvermögen des Gewerkschaftsbundes der Angestellten anzumelden. 9. Juli 1952

## A IV 11e Wohnungs- und Siedlungswesen

### 300 000 Wohnungen sollen entstehen

Der Vorsitzende des Bundesausschusses für Wiederaufbau und Wohnungswesen, Abg. Lücke (CDU), erklärte, das Wohnungsbauprogramm für 1952/53 sei nun auch finanziell gesichert. Es sei der Bau von 300 000 Wohnungen vorgesehen. Dazu kämen noch etwa 80 000 frei finanzierte Wohnungen.

Der Wohnungsbauausschuß hat in einer Sitzung der Bereitstellung von 200 Millionen DM im Wege von Schatzanweisungen für die sogenannte nachstellige Wohnungsbaufinanzierung zugestimmt. Dazu kommen noch 100 Millionen DM aus dem außerordentlichen Bundeshaushalt, so daß den Ländern insgesamt 300 Millionen DM für Wohnungsbauzwecke zugeleitet werden.

Lücke erklärte, daß für den Wohnungsbau auch im Jahre 1952/53 insgesamt 4,8 bis 4,9 Milliarden DM bereitgestellt werden. Von dieser Summe entfallen auf Mittel des Kapitalmarktes etwa zwei Milliarden, auf die öffentliche Finanzierung und Soforthilfe und ähnliche Posten 1,7 Milliarden, auf die private Selbsthilfe eine Milliarde, und etwa 250 Millionen fallen an durch die Kohlenabgabe. Im Bundesgebiet fehlen zurzeit noch fünf Millionen Wohnungen, wenn eine normale Deckung des Wohnungsbedarfs gesichert werden soll. 9. Juli 1952

### Novelle zum Wohnungsbaugesetz

Eine Novelle zum ersten Wohnungsbaugesetz kündigte der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Wohnungsbau, der CDU-Abgeordnete Lücke, in Bonn an. In dem Gesetz soll u. a. festgelegt werden, daß ein bestimmter Anteil der für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stehenden Mittel nur noch für den Bau von Eigentumswohnungen und Eigenheimen verwendet werden darf. Ihr Anteil an dem sozialen Wohnungsbau betrug bisher nur 15 Prozent. Nach den Erklärungen Lückes soll er nunmehr auf etwa 50 Prozent gesteigert werden. 9. Juli 1952

## A IV 11 I Wohnungs- und Siedlungswesen

### Gegen Eintönigkeit im Wohnungsbau

Die hundertfache Wiederholung und Anordnung gleicher Typen, die Eintönigkeit der Form und Größe der Häuser in den entstehenden Siedlungen seien, wie es in einem Schreiben des Oberstadtdirektors Kleffner an den Wiederaufbauminister von Nordrhein-Westfalen heißt, besorgniserregend. Wenn die jetzige Gesetzgebung keine Möglichkeiten zur Abhilfe biete, müsse eine Ergänzung der Bestimmungen angestrebt werden. Mit dem Hinweis auf die Aussicht, daß der zivile Bausektor in 10 bis 15 Jahren seine ihm gebührende Befriedigung finden werde, könne sich die Bevölkerung keineswegs zufrieden geben. Man begrüße die Förderung des Bergarbeiterwohnungsbaues, müsse sich aber dagegen wehren, daß die Stadt durch die unmittelbaren und mittelbaren Auswirkungen in eine städtebauliche und wohnungspolitisch unausgeglichene Entwicklung gedrängt werde. Ähnlich haben sich die Stadtvertretungen auch anderer Ruhrstädte in Entschließungen an den Wiederaufbauminister und an die Landesregierung geäußert. 9. Juli 1952

## A 7b Flüchtlingsorganisationen

### Eigenartige Geldquellen für Treckbewegung

Der Landesfachausschuß für Vertriebenenfragen des Landesverbandes Schleswig-Holstein tagte am 6. Juni 1952 in Kiel. Die Vertriebenenvertreter der Kreise berichteten über ihre Erfahrungen mit der Treckbewegung der staatlich gelenkten Umsiedlung und der freien Umsiedlung. Es wurde festgestellt, daß die Treckbewegung durch Mitglieder der SSW (dänische Partei in Schleswig-Holstein) und durch Mitglieder der SHW (Einheimischenpartei Schleswig-Holsteins) durch Geld reichlich unterstützt wird.

Andererseits werden immer stärkere Klagen einheimischer Geschäftsleute bekannt, die durch die Umsiedlung viele ihrer Kunden verlieren.

Aus dem Kreise Plön wird berichtet, daß man den Flüchtlingen drohe, gut erhaltene Baracken zu räumen und sie in schlechtere Notunterkünfte umzuquartieren. In diesem Zusammenhang wurde die Vertriebenenpolitik des Ministers Asbach (BHE) einer scharfen Kritik unterzogen.

Der Landesfachausschuß übermittelte durch seinen Vorsitzenden, Herrn Gerhard Gerlich (M. d. L.) Dr. Kather seinen herzlichsten Glückwunsch zu den Verhandlungen beim Lastenausgleich. Der Landesfachausschuß vertritt die Ansicht, daß Dr. Kather sachlich und politisch das Bestmögliche erreicht habe. 9. Juli 1952

### Dank und Anerkennung für Dr. Kather

Der Landesvertriebenenausschuß von Rheinland-Pfalz tagte am 26. Juni 1952 unter dem Vorsitz von Hubert Teschner (M. d. L.) in Braubach/Rhein und übermittelte Herrn Dr. Kather folgende Stellungnahme: „Der Landesvertriebenenausschuß der CDU von Rheinland-Pfalz spricht Ihnen für Ihre Haltung zum Lastenausgleich Dank und Anerkennung aus. Der Landesvertriebenenausschuß erwartet vertrauensvoll, daß Sie Ihren Standpunkt auch im Vermittlungsausschuß behaupten werden.“

Zu den Vorbereitungen für die Kommunalwahlen im Lande Rheinland-Pfalz, Anfang November, wurde festgestellt, daß die Vertriebenen und Flüchtlinge keineswegs marxistisch eingestellt seien.

Die nächste Sitzung des Ausschusses, die sich mit der Kandidatenaufstellung für die Kommunalwahlen befaßt, wird im September stattfinden. 9. Juli 1952

## A I d Politische Persönlichkeiten

### Maiers Versprechen an Dehler

„Ich habe von dem Ministerpräsidenten der Südweststaatsregierung, Reinhold Maier, die persönliche Zusage, daß er sich im Bundesrat in allen entscheidenden Fragen mit seinen Freunden in der Bundesregierung abstimmen wird“, erklärte Bundesjustizminister Dr. Dehler vor dem Internationalen Presseclub zur Frage des künftigen Mehrheitsverhältnisses im Bundesrat. Es schein ihm unerträglich, wenn die Stuttgarter Regierung in Bonn grundsätzlich eine oppositionelle Haltung einnehmen würde. 9. Juli 1952

## A II d Politische Persönlichkeiten

### Ernst Lemmer für Viererkonferenz

Ernst Lemmer (CDU/MdB) setzte sich für das Zustandekommen einer Viermächtekonferenz ein. Dieses Bestreben müsse unabhängig von der Ratifizierung der neuen deutsch-alliierten Verträge verfolgt werden. Lemmer befürwortete ferner die Einberufung einer Weltabrüstungskonferenz durch die Großmächte.

9. Juli 1952

## A IV 2d Ländersteuern

### 37 Prozent für den Bund

Der Vermittlungsausschuß des Bundesrates und Bundestages nahm mit knapper Mehrheit einen von einem Unterausschuß ausgearbeiteten Vorschlag an, den Bundesanteil an der Einkommen- und Körperschaftssteuer auf 37 Prozent festzusetzen. Bisher betrug dieser Anteil 27 Prozent. Auf Antrag des Bundesfinanzministers Schäffer hatte der Bundestag mit den Stimmen der Regierungsparteien beschlossen, ihn auf 40 Prozent festzusetzen. Der Bundesrat hatte dazu jedoch seine Zustimmung verweigert, weil nach seiner Ansicht die Einkommen- und Körperschaftssteuer die Haupteinnahmequelle der Länder darstellt.

Nach dem Beschluß des Vermittlungsausschusses soll jedoch auch bei 37 Prozent der Gesamtbetrag, der dem Bund aus der Einkommen- und Körperschaftssteuer zufließt, 4,2 Milliarden Mark nicht übersteigen.

9. Juli 1952

## A IV 3c Import und Export

### Der deutsche Osthandel

Die Bundesregierung hat sich in diesen Tagen mit der wichtigen Frage des deutschen Osthandels beschäftigt. In einer Kabinettsitzung ist dabei von sämtlichen Ministern betont worden, daß die Frage des deutschen Handels mit dem Ostraum von größter Bedeutung für die deutsche Wirtschaft sei. Diese Entscheidung ist in völliger Übereinstimmung mit dem Beschluß des Bundestages vom 6. 5. 1952 sowie den wiederholten Äußerungen maßgeblicher amerikanischer und britischer Stellen erfolgt.

Soweit nicht Handelsvertragsvereinbarungen mit Staaten des Ostblocks bestehen, kann ein Gütertausch im Wege von Einzel- und Gegenseitigkeitsgeschäften erfolgen.

Unberührt davon bleiben auch in Zukunft die von der Bundesregierung auf Grund internationaler Vereinbarungen auf dem Gebiet der Embargo-Politik eingegangenen Verpflichtungen, die von der Bundesregierung loyal eingehalten werden. Im Interesse der Förderung eines gesunden Osthandels wird der illegale Handel auch weiterhin unnachsichtlich bekämpft werden.

9. Juli 1952

## A IV 12 Auswärtige Beziehungen

### 50 000 Deutsche in der Fremdenlegion

Das Auswärtige Amt schätzt die Zahl der Deutschen, die zur Zeit in der französischen Fremdenlegion Dienst leisten, auf 50 000. Eine genaue Nachprüfung ist deswegen nicht möglich, weil viele Deutsche eine falsche Nationalität bei ihrem Eintritt angegeben haben, vor allem die polnische oder die tschechische. Die Werbetätigkeit für die Fremdenlegion im Bundesgebiet hat nach den letzten Feststellungen seit einiger Zeit nachgelassen. Bis zur Ratifizierung des Generalvertrages besteht auch keine Möglichkeit, die Werbetätigkeit ganz zu unterbinden und strafrechtlich zu verfolgen, weil der Paragraph 141a des Strafrechts, der sie unter Strafe stellt, durch Kontrollratsbeschluß aufgehoben wurde. Es besteht aber die Absicht, diesen Paragraphen nach dem Inkrafttreten der Verträge als Novelle wiederaufleben zu lassen.

Die Bundesregierung kann sich vorerst nur dann einschalten, wenn sich Angehörige von Jugendlichen unter 18 Jahren bittend an sie wenden. In vereinzelten Fällen ist es hierbei auch gelungen, angeworbene Jugendliche unter 18 Jahren freizubekommen.

Zahlreiche Deutsche sind gleich aus der Gefangenschaft in die Fremdenlegion eingetreten. Wenn sie jetzt nach Deutschland entlassen werden oder aber als Flüchtlinge ins Bundesgebiet kommen, so genießen sie doch die vollen Rechte der heimkehrenden ehemaligen Wehrmachtangehörigen.

9. Juli 1952

## A IV 1a Polizeiwesen

### Für Verstaatlichung der Polizei

Sprecher der Polizeigewerkschaft in der Bundesrepublik setzten sich für eine Verstaatlichung der Polizei auf Länderebene ein. Die Polizei sollte in größeren Städten wieder in Polizeipräsidien zusammengefaßt werden, denen die drei Säulen Schutzpolizei, Kriminalpolizei und Verwaltungspolizei unterstellt sein müßten. Auch die Landpolizei müßte in größeren Bereichen polizeilich zusammengeschlossen werden. Weiter wurde gefordert, daß das Melde-, Paß-, Ausländer-, Waffen- und Sprengstoffwesen und die Aufgaben der heutigen Straßenverkehrsämter wieder der Polizei übertragen werden. Auch die Bereitschaftspolizei müsse organisatorisch in den Polizeiapparat eingegliedert werden und den Polizeipräsidien unterstellt werden.

9. Juli 1952

## A IV 4 Landwirtschaftsministerium

### Rahmengesetz für die Landwirtschaft

Die Bundesregierung plant ein Rahmengesetz für die Selbstverwaltung der Landwirtschaft, um in den einzelnen Bundesländern nach einheitlichen Gesichtspunkten vorgehen zu können. Den Verhältnissen der einzelnen Länder soll weitgehend Rechnung getragen werden. Das Bundesernährungsministerium will dem Kabinett und dem Bundestag in Kürze einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen.

9. Juli 1952

## A I a Auswärtige Beziehungen, Deutschlandvertrag

### Zu wenig Deutsche wissen Bescheid

44 Prozent der Befragten 2000 Personen wußten nicht, was der Deutschlandvertrag ist. Eine Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach hatte dieses Ergebnis.

9. Juli 1952

## A IV Justizministerium — Allgemeines

### Familienrechtsentwurf zurückgezogen

Der Gesetzentwurf des Bundesjustizministeriums zum Familienrecht ist inzwischen zurückgezogen worden, da aus Kreisen der Regierung Bedenken gegen verschiedene Bestimmungen dieses Entwurfs vorgebracht worden sind. Auch von zuständigen Verbänden und Organisationen ist der Entwurf scharf kritisiert worden.

9. Juli 1952

## A III c DP

### Kritik an DP-Beschluß

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Dr. Gerhard Schröder aus Düsseldorf hat in einer CDU-Versammlung in Langenberg bedauert, daß die Deutsche Partei ihren Vertreter aus den Verhandlungen mit dem DGB zurückgezogen hat. Der Bundeskanzler hatte einen im ähnlichen Sinne geschriebenen Brief an die Bonner Bundestagsfraktion der Deutschen Partei gerichtet.

9. Juli 1952

## C I CSU

### Handwerksvertreter vor der CSU-Landesgruppe in Bonn

Um den engen Kontakt zwischen dem bayerischen Handwerk und der CSU-Landesgruppe im Bundestag weiter zu vertiefen, gab die Landesgruppe der CSU dem Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Handwerkstages, A. C. Winkler, Gelegenheit, im Namen des Präsidenten des Bayerischen Handwerkstags vor den Mitgliedern der Landesgruppe über die Wünsche des Mittelstandes zum Betriebsverfassungsgesetz zu sprechen. Winkler wies auf die Sorge des Mittelstandes hin, daß bei den vorgesehenen Besprechungen zwischen Vertretern des DGB und der Arbeitnehmerverbände mit Vertretern der Koalition ein Kompromiß zwischen Arbeitnehmern und Industrie gefunden werden könnte, der die Anliegen und Sorgen des Mittelstandes womöglich nicht ausreichend berücksichtigt. Die Landesgruppe CSU wird das Verlangen des Bayerischen Handwerkstags unterstützen und sich nach den Parlamentsferien erneut eingehend mit dieser Frage befassen.

9. Juli 1952

# Finanzpolitische Auswirkungen des Lastenausgleichsgesetzes

Von Bundesfinanzminister Fritz Schäffer

Das Lastenausgleichsgesetz wird nach Einigung mit dem Bundesrat in Kraft treten. Die Leistungen, die nach diesem Gesetz vor allem an die Vertriebenen und Kriegssachgeschädigten gewährt werden, kommen zwar aus einem vom allgemeinen Haushalt des Bundes getrennten Sondervermögen, dem Ausgleichsfonds, dem die Erträge besonderer Lastenausgleichsabgaben zufließen; trotzdem wäre die Vorstellung irrig, Lastenausgleich sei ein Vorgang, der die allgemeine Finanzpolitik nicht berührt. Das Lastenausgleichsgesetz greift im Gegenteil vielfach tief in die Haushalte des Bundes, der Länder und der Gemeinden ein.

Der öffentlichen Hand werden im Lastenausgleichsgesetz weit höhere zusätzliche Opfer im Interesse der Geschädigten zugemutet als etwa im Soforthilfengesetz. Dabei darf nicht vergessen werden, daß neben den Leistungen aus dem Lastenausgleich auch noch in ähnlicher Größenordnung Leistungen aus Haushaltsmitteln für die Geschädigten stehen, wie z. B. Leistungen aus dem Gesetz nach Artikel 131, zahlreiche sonstige Kriegsfolgelasten, ferner Leistungen für den Wohnungsbau. Leistungen der öffentlichen Hand werden letztlich immer von der Gesamtheit der Steuerzahler getragen. Sie müssen ihre Grenze an den Möglichkeiten der steuerlichen Belastung finden. Bei den Schlußberatungen über das Lastenausgleichsgesetz im Bundestag ist allseitig anerkannt worden, daß diese Grenze durch die neuen Opfer für den Ausgleichsfonds erreicht, wenn nicht schon überschritten ist.

Nach dem Gesetz soll die öffentliche Hand die Vermögensabgabe für einen beträchtlichen Teil ihres eigenen Vermögens, insbesondere das gewerbliche und das land- und forstwirtschaftliche Vermögen entrichten. Noch erheblich stärker ins Gewicht fallen die Beträge, welche die Haushalte als Beitrag zur Kriegsschadenrente (unter dem Gesichtspunkt ersparter Fürsorgeaufwendungen) sowie zur Finanzierung der Teuerungszuschläge zur Unterhaltshilfe aufbringen sollen. Das Aufkommen aus der Vermögenssteuer soll für die Dauer des Lastenausgleichs nicht mehr dem öffentlichen Haushalt, sondern dem Ausgleichsfonds zufließen. Bei der Erhebung der Ausgleichsabgaben und bei der Zuteilung von Ausgleichsleistungen, insbesondere auch in Durchführung der Schadensfeststellung, werden beträchtlich höhere Verwaltungskosten als nach dem Soforthilfengesetz entstehen, die in vollem Umfange von den öffentlichen Haushalten aufgebracht werden müssen. Erhebliche Opfer ergeben sich endlich daraus, daß die Vermögensabgabe — im Gegensatz zur Soforthilfeabgabe — jährlich mit einem Drittel bei der Berechnung der Einkommen- und Körperschaftsteuer abgesetzt werden kann. Die Opfer, die aus diesen verschiedenen Gründen die öffentlichen Haushalte insgesamt bringen sollen, werden in den ersten Jahren wohl an 800 Mill. DM jährlich, und zwar zusätzlich gegenüber der Soforthilfeabgabe, heranreichen.

Ich habe bisher nur von den öffentlichen Haushalten in ihrer Gesamtheit gesprochen. Es verteilen sich die Belastungen auf Bund, Länder und Gemeinden. Die Gemeinden berührt vor allem die Heranziehung zur Vermögensabgabe und das Problem der Verwaltungskosten. Die Länder erhielten bisher die Vermögenssteuer; sie sollen Vermögensabgabe für ihr land- und forst-

wirtschaftliches Vermögen bezahlen und sich an den baren Zuschüssen beteiligen. Der Bund hat den überwiegenden Teil der Barzuschüsse zu tragen. Die Ausfälle bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer treffen Bund und Länder gemeinsam. Letztlich stehen die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden in einem unlöslichen Zusammenhang. Ihre Belastung durch das Lastenausgleichsgesetz hat notwendige Rückwirkungen auf das Gesamtproblem des Finanzausgleichs.

Der finanzpolitische Beitrag der öffentlichen Haushalte zur Durchführung des Lastenausgleichs beschränkt sich nicht auf unmittelbare finanzielle Opfer. Bei der Aussprache über das Gesetz im Bundestag ist die besondere Wichtigkeit einer Vorfinanzierung der Lastenausgleichsmaßnahmen, insbesondere für die Eingliederung der Vertriebenen, immer wieder unterstrichen worden. In ihrer Regierungserklärung hat die Regierung den Willen zum Ausdruck gebracht, diese Vorfinanzierung mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu fördern. In einer Entschließung der Fraktionen der Regierungskoalition sind die in Frage kommenden Möglichkeiten für eine Erhöhung der in den ersten drei Jahren verfügbaren Mittel, besonders im Wege der Vorfinanzierung, zusammengefaßt worden. Dabei handelte es sich zunächst um eine Erhöhung des Aufkommens durch Änderungen des Gesetzentwurfs, die bereits vom Bundestag beschlossen worden sind (andere Berechnung der Vermögensteuer und Heranziehung des Aktienvermögens bei der Vermögensabgabe). Ferner ist Bezug genommen auf die erwarteten Vorleistungen Abgabepflichtiger auf Grund der im Gesetz für diesen Fall vorgesehenen Vergünstigungen.

Auch insoweit enthält schon das Gesetz

## Über 100 000 erhielten Aufbauhilfe-Darlehen

### Aus dem Jahresbericht der Vertriebenen-Bank

Die am 12. Mai 1950 gegründete Vertriebenen-Bank, die seit April 1952 den Namen „Bank für Vertriebene und Geschädigte (Lastenausgleichsbank) AG“ führt, verwaltet zur Zeit die Kredite von über 100 000 Heimatvertriebenen und sonstigen Geschädigten. Sie arbeitet grundsätzlich als Bank der Banken und nicht im Direktgeschäft mit den Vertriebenen. Ihre Aufgabe ist es, die auf der Bundesebene für Vertriebenen-Kredite aufgebracht Mittel bankmäßig zu sammeln und weiterzuleiten. Die über sie zur Verteilung kommenden Kredite werden nicht unmittelbar gegeben, sondern grundsätzlich den örtlichen Kreditinstituten zur Weiterleitung an die Kreditnehmer zur Verfügung gestellt. Die Kreditanträge sind an das örtliche Kreditinstitut ((Hausbank), mit dem der Kreditsuchende zusammenarbeiten will, zu richten. Im zweiten Geschäftsjahr (1. I. — 31. 12. 1951), über das die Bank soeben einen ausführlichen, mit Tabellen und graphischen Zeichnungen belegten Bericht vorgelegt hat, wurden folgende größere Kreditaktionen durchgeführt: Aus der 3. ERP-Tranche standen 25 Mill. DM für Investitionskredite an gewerbliche Betriebe und freie Berufe und 20 Mill. DM für landwirtschaftliche Flüchtlingssiedlungskredite zur Verfügung. Bei den gewerblichen Krediten (2 1/2% Zinsen, Laufzeit bis zu 17 Jahren) wurden lohn-

die erforderlichen Vorschriften; doch hängt das tatsächliche Aufkommen hieraus von der freien Entscheidung der Abgabepflichtigen ab. Die bisher erwähnten Maßnahmen liegen außerhalb des Einwirkungsbereichs der Bundesregierung. Ferner ist jedoch vorgesehen, daß der Ausgleichsfonds in stand gesetzt werden soll, steuerbegünstigte Darlehen (entsprechend etwa den Darlehen nach § 7 d Absatz 2 des Einkommensteuergesetzes) aufzunehmen und daß auch die Lastenausgleichsbank (die bisherige Vertriebenenbank) zur Ausgabe steuerbegünstigter Scheckscheine ermächtigt werden soll. Endlich sollen für den besonderen Zweck der Umsiedlung, d. h. des Wohnungsbaus für Vertriebene, zusätzliche Beträge durch Auflegung einer zweckgebundenen Umsiedlungsanleihe, unter Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Zinsverbilligung, und im Wege der unmittelbaren Vorfinanzierung bei der Zentralbank beschafft werden. Die technische Durchführung dieser Maßnahmen im einzelnen bedarf noch der näheren Regelung.

Die Opfer dienen der sozialen Befriedung und können nur richtig gewürdigt werden, wenn sie im Zusammenhang mit den besonderen Beanspruchungen gesehen werden, welche die öffentliche Hand in diesem Jahr und in den kommenden Jahren, insbesondere zur Gewährleistung der äußeren Sicherheit, wird auf sich nehmen müssen. Diese Opfer werden gerechtfertigt sein, wenn es gelingt, durch sie dem nach meiner Auffassung allerwichtigsten Ziel des Lastenausgleichs, nämlich der baldigen Eingliederung der Geschädigten und in Sonderheit der Vertriebenen, näher zu kommen. Diese Eingliederung ist nicht nur eine soziale Aufgabe von größter Bedeutung. Sie ist auch eine Voraussetzung der allmählichen Wiedergesundung und damit auch ein Beitrag zur Stärkung der Widerstandskraft der europäischen Gemeinschaft gegen zersetzende Einflüsse von innen und außen.

und exportintensive Betriebe bevorzugt. Die Kreditwünsche waren weit höher als der zur Verfügung stehende Betrag von 25 Mill. DM. Neue Mittel können, nachdem das ERP-Programm ausgelaufen ist, nur in Teilbeträgen aus der Aufteilung der ERP-Zinsen und der Tilgungsrückflüsse erwartet werden; aus diesen Mitteln stehen 7 Mill. DM in Aussicht. Die landwirtschaftlichen Flüchtlingssiedlungskredite dienen der Ansiedlung des heimatvertriebenen Landvolks als Eigentümer oder Pächter. Kredite zum Eigentumswerb werden zu 2 1/2% Zinsen und 1/2% Tilgung jährlich gegeben, zur Inventarbeschaffung oder Pächterkredite zu 1% Zinsen und 4% Tilgung, in beiden Fällen unter Gewährung von Freijahren (keine Leistungen) und Schonjahren (verminderte Zinsen und Tilgung). Die 20 Mill. DM sind bereits im ersten Quartal des laufenden Geschäftsjahres durch Kreditbewilligungen voll belegt.

Eine besondere Berliner Kreditaktion erstreckt sich auf die Gewährung mittel- und langfristiger Kleinkredite zum Zweck der Eingliederung von Heimatvertriebenen und anerkannten politischen Sowjetzonen-Flüchtlingen in die Westberliner Wirtschaft. Die Kredite, für die im Berichtsjahr insgesamt 5,5 Mill. DM bereitgestellt wurden, sollen im Einzelfall 5000 DM nicht überschreiten. Während des Be-

# EVG und deutscher Osten

Der Auswärtige Ausschuß des amerikanischen Senats hat die Fragen des demokratischen Senators M. Gilette an den Hochkommissar McCloy über Probleme des deutschen Wehrbeitrages sowie die erteilten Antworten in das offizielle Protokoll des Ausschusses aufgenommen. In Frage Nr. 7 unterstellt Senator Gilette der Bundesrepublik indirekt die Absicht, sie würde den Beitritt zur Europa-Armee nur wünschen, um dadurch die Ostgebiete wiedergewinnen zu können. Diese Erklärung soll der Bundeskanzler am 25. Dezember in Hannover anlässlich der BVD-Proklamation abgegeben haben. Weiter fragt Gilette besorgt: „Welche Gewähr haben die USA und ihre Verbündeten, daß ein wiederbewaffnetes Deutschland seine Stärke innerhalb der EVG nicht dazu gebraucht, die EVG in die gewaltsame Wiedereroberung der verlorenen Ostgebiete zu verwickeln?“

Eine solche Sprache hörte man bislang nur aus den Kreisen französischer Nationalisten. Unkenntnis schützt aber, wie die Frage Mr. Gilettes beweist, auch in den durchweg nüchtern und sachlich urteilenden USA-Kreisen nicht vor Fehlteilen und Zweifeln. Wenn McCloy auf Gilettes Fragen antwortete, daß

das State Departement von einer derartigen Erklärung des Kanzlers nichts wisse, und die Mehrheit der Deutschen gegen jeden Mißbrauch der EVG für nationalistische und irredentistische Zwecke sei, so ist das richtig und muß sinngemäß, wie die V. K. schreibt, auch von den Heimatvertriebenen bejaht werden. Als der Kanzler am 17. November in Hannover zu den Vertriebenen sprach, hat er klar zum Ausdruck gebracht, daß eine europäische und atlantische Verteidigungsgemeinschaft niemals eine Vereinigung zum Angriff sein könne, die Rückgewinnung der Heimat dürfe jedoch bei allen Verhandlungen (über den Generalvertrag, d. R.) nicht außer Acht gelassen werden, denn der Weg zur Heimat führe über Deutschland und Europa.

Daß die heimatvertriebenen Deutschen nur auf friedlichem Wege in ihre angestammten Gebiete zurückzukehren wünschen, ist feierlich und verbindlich in der Stuttgarter Vertriebenen-Charta und bei ungezählten anderen Anlässen ausgesprochen worden. Daß der friedliche Weg zurück nur über ein politisch gefestigtes, starkes und gesichertes Europa führen kann, liegt auf der Hand.

## Jahresbericht Vertriebenenbank

rechtsjahres wurden 500 Einzelkredite im Gesamtbetrag von 2,3 Mill. DM bewilligt.

Im Vordergrund der Banktätigkeit steht die Einschaltung in die Kreditaktionen des Hauptamts für Soforthilfe. Im laufenden Geschäftsjahr betrifft diese die restliche Übernahme der insgesamt 380 Mill. DM betragenden Existenzaufbauhilfe-Darlehen und Dauerarbeitsplatz-Darlehen im Gesamtbetrag von 150 Mill. DM. Die Bank hat die treuhänderische Verwaltung dieser Kredite, die Kreditbewilligung selbst wird von den Soforthilfebehörden ausgesprochen. Der Durchschnittsbetrag der Existenzaufbauhilfe-Darlehen beträgt rd. 3400 DM. Von den über 100 000 Antragstellern, denen geholfen werden konnte, waren 66% Heimatvertriebene, 27% Sachgeschädigte, 5,5% Spätheimkehrer, 1,5% politisch Verfolgte. Von den bisher bewilligten Anträgen entfielen 44% auf das Handwerk, 36% auf den Handel, 4% auf industrielle Betriebe, 16% auf freie Berufe. Bis zum 31. Dezember 1951, dem Ablauf der letzten Antragsfrist, wurden 281 000 Anträge mit einer Gesamtsumme von über 1500 Mill. DM gestellt, die nur zu einem geringen Teil befriedigt werden konnten. Zur Schaffung von Dauerarbeitsplätzen waren bis Ende Mai 1952 rund 63,5 Mill. DM an Krediten (Zinssatz 5%, Laufzeit bis zu 10 Jahren) bewilligt, wobei etwa 20 000 neue Dauerarbeitsplätze geschaffen wurden. Der Durchschnittsbetrag je Arbeitsplatz betrug 3176 DM.

Aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm 1950 wurden Kleinkredite in Höhe von 35 Mill. DM gegeben (Durchschnittsbetrag rd. 8000 DM), mit denen in den Schwerpunktländern neuangesiedelten Heimatvertriebenen zu einer Existenz verholfen wurde. Die Ausgabe der mit 90% verbürgten Betriebsmittelkredite an Heimatvertriebene wurde erfolgreich fortgesetzt. Der Fortgang dieser Kreditaktion wird ermöglicht, wenn die der Bank zugesagte Bundesbürgschaft von 50 Mill. DM vorliegt, womit in Kürze zu rechnen ist. Der Endzinssatz dieser Kredite darf einen Nettozinssatz von 8% p. a. nicht übersteigen.

Der für die wirtschaftliche Eingliederung der Heimatvertriebenen und die Förderung

der sonstigen Geschädigten von Bund und Ländern bisher aufgebrauchte Betrag von 1,4 Milliarden DM — ohne die Aufwendungen für den Wohnungsbau — hat die entscheidende Grundlage geschaffen, daß 35 000 Bauern und Siedler, 30 000 Handwerker, 5000 Industrielle, 37 000 Kaufleute und Kleingewerbetreibende sowie 13 000 Angehörige freier Berufe wieder eine Existenzgrundlage erhielten. Für den einzelnen Fall ergibt sich hiernach ein Betrag von 8000 bis 9000 DM.

Um die Fortsetzung dieses Werkes zu gewährleisten, erhebt die Vertriebenen-Bank folgende Forderungen: 1. weitere Mittel für die wirtschaftliche Eingliederung im Zusammenhang mit dem Aufkommen aus dem Lastenausgleichsgesetz; 2. steuerliche Begünstigung der Tilgungsleistungen, um die Abtragung der Kredite und die damit Hand in Hand gehende Bildung von Eigenkapital zu ermöglichen; 3. Umschuldung eines Teils der von den Ländern gegebenen Kredite im Zinssatz und in der Laufzeit, um die Rentabilität und Liquidität der Betriebe nicht vorzeitig zu gefährden.

## Bilanz der Vertriebenen-Bank

Die Bilanzsumme der Vertriebenen-Bank (jetzt: „Bank für Vertriebene und Geschädigte — Lastenausgleichsbank — AG“), die am 31. 12. 1950 rund 122,6 Mill. DM betragen hatte, erhöhte sich im zweiten Geschäftsjahr (1. 1. bis 31. 12. 1951) auf 443,19 Mill. DM, in denen 263 Mill. DM durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte) enthalten sind. Die Hauptposten der Aktivseite sind: Guthaben bei Kreditinstituten 36,6 Mill. DM, Debitoren 43,4 Mill. DM, langfristige Ausleihungen 75,79 Mill. DM, Guthaben bei Landeszentralbank 4,1 Mill. DM, Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes und der Länder 5,97 Mill. DM. Auf der Passivseite: 133,45 Mill. DM aufgenommene langfristige Darlehen, 40 Mill. DM aufgenommene Gelder, 3 Mill. DM Stammkapital, 1,8 Mill. DM Rückstellungen, 1 Mill. DM Wertberichtigungen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit 3,9 Mill. DM. Personalaufwendungen stehen mit 827 695 DM zu Buch, sächliche Handlungskosten

mit 314 444 DM, Abschreibungen auf Grundstücke mit 66 495 DM, Steuern mit 28 437 DM, Zuweisung zur Wertberichtigung mit 890 790 DM, Zuweisung an Rückstellungen mit 1,78 Mill. DM. Von den Erträgen entfallen 3,27 Mill. DM auf Zinsmehrtrag und 635 160 DM auf Einnahmen aus Provisionen und Sonstigem.

## Wissenswert für Vertriebene

### Bundesvereinigung der Vertriebenen-Wirtschaft

Der Bund der Vertriebenen Deutschen erstrebt die Zusammenfassung aller vertriebenen Unternehmer, auch soweit sie noch nicht wieder selbständig sind, in einer besonderen Wirtschaftsorganisation innerhalb des BvD. Diese Organisation, die voraussichtlich die Bezeichnung „Bundesvereinigung der Vertriebenen-Wirtschaft“ führen wird, soll auch Handel und Handwerk umfassen, sich also auch der mittelständischen Belange annehmen. Der Vereinigung wird die Aufgabe gestellt, sich im Interesse der Vertriebenen in das wirtschaftliche Geschehen einzuschalten und die aus dem Lastenausgleich sich ergebenden wirtschaftspolitischen Aufgaben aufzugreifen.

### Teuerungszulagegesetz im Vermittlungsausschuß

Das Plenum des Bundestages hat gemäß Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und DP den Vermittlungsausschuß wegen des Gesetzes über Teuerungszuschläge nach dem Lastenausgleichsgesetz angerufen, damit die vom Bundestag bereits beschlossene Gesetzesfassung beibehalten wird. Der Bundesrat hatte nämlich Anfang Juni beschlossen, über den Vermittlungsausschuß den Einbau der durch ein Sondergesetz festzulegenden Teuerungszuschläge in das Lastenausgleichsgesetz zu erreichen. Der Grund für diesen Streit ist, ob die Mittel für die Teuerungszulage nach dem Willen des Bundesrates dem Lastenausgleichsfonds zu entnehmen seien, oder nach Meinung des Bundestags und auch der Vertriebenen aus Bundeshaushaltsmitteln.

### Kirchliche Beauftragte bei den Transportgruppen

Vor den Propsteibeauftragten des Evangelischen Hilfswerks berichtete die kirchliche Umsiedlungsstelle in Kiel über die von den beiden christlichen Kirchen geleistete Arbeit, die sich besonders in einer fruchtbaren Zusammenarbeit mit den kirchlichen Stellen in den Aufnahmelandern ausdrückt. Bei sämtlichen Transportgruppen des Kieler Sozialministeriums in den Kreisen werden kirchliche Umsiedlungsbeauftragte bestellt, welche die Tätigkeit der Transportgruppenleiter unterstützen. Für katholische Antragsteller sind die kath. Pfarrämter für Anfragen und Weiterleitung von Umsiedlungsanträgen zuständig.

### Familienzusammenführung Heimatvertriebener

Die USA, Großbritannien und Frankreich haben sich im 7. Teil des Zusatzvertrages zum Generalvertrag auf Wunsch der Bundesregierung bereit erklärt, nötigenfalls Verhandlungen über die Übersiedlung von Flüchtlingen in das Bundesgebiet mit den Regierungen zu führen, bei denen keine diplomatischen Vertretungen der Bundesrepublik unterhalten werden. Dadurch soll die Familienzusammenführung von Deutschen aus den abgetrennten ostdeutschen Gebieten unterstützt werden. Die Bundesregierung soll zu diesem Zweck den drei Mächten die notwendigen statistischen Unterlagen zugänglich machen.

## Der vergessene Faktor Eigentum

### Ein Wort zum Betriebsverfassungsgesetz

Im Vordergrund der Auseinandersetzungen über das Betriebsverfassungsgesetz steht die Frage nach dem Ausmaß der wirtschaftlichen Mitbestimmung der Arbeitnehmer. Unter Mitbestimmung wird dabei das Recht verstanden, auf die Entscheidungen in der Leitung des Unternehmens Einfluß zu nehmen. Nun beruht aber unsere Wirtschaftsordnung auf dem Privateigentum. Das bedeutet, daß der Umfang der letzten Entscheidungs- und Verfügungsgewalt von dem Anteil an dem Eigentum des Unternehmers abhängt. Durch das Betriebsverfassungsgesetz werden den Arbeitnehmern demnach praktisch Eigentumsrechte verliehen. Das ist durchaus berechtigt. Die Entwicklung der Wirtschaftsordnung hat es mit sich gebracht, daß das Produktiveigentum einseitig den Kapitalbesitzern zufließt. Die Arbeitnehmer, die doch das Eigentum mit schaffen und es ertragreich erhalten, hatten jedoch mindere Rechte. Auch die in den Jahren nach dem Zusammenbruch neu geschaffenen Wirtschaftsvermögen entstanden nicht allein aus den Leistungen der Unternehmer und der Anteilseigner. Arbeiter, Angestellte, Techniker, Ingenieure usw. haben Entscheidendes zur Bildung des Vermögens beigetragen. Auch sollte man nicht übersehen, daß die Vermögensbildung in der Wirtschaft über den Weg der Selbstfinanzierung weiterhin auf Kosten der breiten Verbraucherschichten erfolgt ist. Das arbeitende Volk hat daher entsprechende Ansprüche an das neugeschaffene Wirtschaftsvermögen zu stellen. Diesen Ansprüchen wird nicht dadurch Genüge getan, daß den Arbeitnehmern gewisse Mitbestimmungsrechte eingeräumt werden. Daran sollten auch die Gewerkschaften denken. Es kann nicht darauf ankommen, in der Wirtschaft neue Machtpositionen an die Stelle der alten zu setzen. Es kommt vielmehr darauf an, daß jetzt die Konsequenzen aus dem Mitbestimmungsrecht bezüglich des persönlichen Miteigentums gezogen werden. Der Liberalismus hat den Arbeitnehmern das Eigentum an den Produktionsmitteln vorenthalten. Der Marxismus räumt überhaupt mit dem Privateigentum auf und läßt nur staatliches Kollektiveigentum gelten. Es muß daher der andere Weg beschritten werden, nämlich der, daß man den Arbeitnehmer zum Miteigentümer des Unternehmens macht. Der Gleichmacherei des Marxismus muß der Wille des arbeitenden Menschen zur privaten Eigentumsbildung, zur Mitverantwortung und Mitbeteiligung am Ertrag entgegengestellt werden. Das kann nur geschehen, wenn man das Eigentum weithin streut und jedem Eigentumswilligen auch zum Eigentum verhilft. Das deutsche Volk wird das Privateigentum in der Wirtschaft nur verteidigen, wenn Millionen in der Wirtschaft Tätige selbst Privateigentum zu verteidigen haben.

Es ist bedauerlich, daß bei den Gewerkschaften diese Konsequenz aus der Mitbestimmung noch nicht genügend gesehen wird, denn sonst hätten sie in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen über das Betriebsverfassungsgesetz eine andere Haltung eingenommen. Gerade von den Ge-

werkschaften hätte man eine klare Stellungnahme hierzu erwartet, nachdem die Forderung auf Miteigentum von der christlichen Arbeitnehmerschaft in Kundgebungen und in Besprechungen von Arnold, Albertz u. a. mit den leitenden Personen des DGB in aller Deutlichkeit herausgestellt worden ist. Aber man hüllt sich in Schweigen. Dagegen redet man in den Gewerkschaften von der ersten Etappe der Demokratisierung der Wirtschaft durch das Betriebsverfassungsgesetz, der unbedingt die zweite Etappe der Planwirtschaft und der Sozialisierung folgen müsse. Die Gewerkschaften scheinen demnach an der Übertragung von Miteigentum aus dem Arbeitsverhältnis weniger interessiert zu sein als an Dingen, die den Gewerkschaften selbst Machtansprüche geben. Sie sehen nur die Gemeinschaft und den Staat, die an die Stelle der bisherigen Eigentümer treten sollen. Dann gibt es wieder Kommandostellen, auf die sich sicherlich heute schon manche sozialistischen Gewerkschaftler aus dem Wirtschaftswissenschaftlichen Institut der Gewerkschaften vorbereiten. Dann ist der Weg beschritten, der allzu leicht auf den Weg der SED führen könnte.

Aber auch aus Unternehmerkreisen konnten bis jetzt nicht genügend ernste Überlegungen in dieser Richtung festgestellt werden. Wenn auch hier und da den Arbeitnehmern Ansprüche auf Beteiligung am Ertrag des Unternehmens eingeräumt wurden, so gilt auch hier, daß eine Schwalbe noch keinen Sommer macht. Darüber sollte man sich jedenfalls klar sein, daß ohne Mitbeteiligung am Eigentum und damit an der Verantwortung und an dem Ertrag der tiefste Sinn der Mitbestimmung

### Für christliche Front bei Kommunalwahlen

In Nordrhein-Westfalen werden immer wieder Stimmen laut, die zu einem engen Zusammengehen der beiden Christlichen Parteien, CDU und Zentrum, bei den kommenden Kommunalwahlen sich aussprechen. Wir geben aus der Tagespresse folgende Äußerungen wieder:

In einer Entschliebung der Bezirkskonferenz der katholischen Frauen- und Müttervereine des Dekanates Gelsenkirchen, die mehr als 10 000 Frauen und Mütter vertritt, wird zutiefst die politische Uneinigkeit, die immer noch im christlichen Volke herrscht, bedauert. Im Blick auf die in Zukunft zu bewältigenden familienrechtlichen und kulturellen Aufgaben, so heißt es in der Entschliebung, sollte die Geschlossenheit des christlichen Volkes ein vordringliches Anliegen sein. Um das große Ziel der Verchristlichung des öffentlichen Lebens zu erreichen, müßten zunächst einmal in den Reihen der beiden christlichen Parteien alle kleinlichen politischen Bedenken, Kurzsichtigkeiten und Eigensüchteleien zurückgestellt bzw. überwunden werden. Die Konferenz richtete an die Vertreter von CDU und Zentrum die dringende Bitte, nichts unversucht zu lassen, um zu einer engen Zusammenarbeit zu kommen.

nicht erfüllt werden kann. Bleibt es bezüglich der aus dem Eigentumsrecht zu ziehenden Konsequenzen bei schönen Worten und allgemeinen Redensarten, dann ist das menschliche Problem, das mit der Mitbestimmung angeschnitten wurde, nicht gelöst. Die Gewerkschaften können das Problem nicht lösen, wenn sie vom Standpunkt eines Wirtschaftskollektivs, wie es Herr Dr. Agartz auf der Frankfurter Tagung der IG Chemie angedeutet hat, an die Dinge herantreten. Gegen ein derartiges wirtschaftliches und politisches Wollen müssen wir uns entschieden zur Wehr setzen. Auf diesem Wege werden die Werte der menschlichen Freiheit, der persönlichen Selbstverantwortung und der Menschenwürde nicht gesichert. Aber auch die Arbeitnehmer können das Problem nicht lösen, wenn sie nicht willens sind, die eigentumsrechtlichen Folgerungen aus der gesellschaftspolitischen Entwicklung unserer Zeit zu ziehen. Das Recht auf Privateigentum in der Wirtschaft kann nur erhalten bleiben, wenn dieses Recht nicht auf wenige beschränkt bleibt, sondern allen Leistungswilligen und Eigentumsfähigen offensteht. Es ist daher an der Zeit, daß sich die Sozialpartner ernsthaft mit dieser Frage beschäftigen. Der Plan Arnold, der die private Eigentumsbildung der Arbeitnehmer über die Investitionshilfe vorsieht, müßte einer konstruktiven Lösung zugeführt werden. Es muß darüber hinaus ernsthaft überlegt werden, die Werte der neugeschaffenen Betriebsvermögen zu Gunsten der Belegschaften so umzulegen, daß auch diese ihren angemessenen Anteil am Eigentum des Unternehmens erhalten. Die Frage des Ertragslohns muß über die wenigen Unternehmen, die ihn bereits eingeführt haben, hinaus in der Wirtschaft Heimatrecht erhalten. Nur dann wird der Sinn des vor der Verabschiedung stehenden Betriebsverfassungsgesetzes erfüllt werden, wenn das Mitbestimmungsrecht durch neue eigentumsrechtliche Regelungen für die Arbeitnehmerschaft untermauert wird.

Der Bezirksdelegiertentag Gelsenkirchen-Wattenscheid der Katholischen Arbeiter-Bewegung forderte in einer Entschliebung zur Kommunalwahl, „daß eine Zersplitterung der christlichen Kräfte für die Zukunft unterbunden werden müsse... Wir sehen Kräfte am Werk, die die christlichen Grundsätze und Lebensgewohnheiten zerstören. Deshalb erwarten wir von den führenden Persönlichkeiten der beiden christlichen Parteien, daß sie rechtzeitig geeignete Vereinbarungen für einen gemeinsamen Wahlgang treffen. Alle christlich denkenden Menschen rufen wir auf, dafür einzutreten, daß unserer Heimatstadt die christliche Tradition erhalten bleibt.“

In der Jahreshauptversammlung der CDU in Rheine wurde einmütig eine Entschliebung gefaßt, in der die ausdrückliche Bereitschaft betont wird, die bisher geführten Verhandlungen auf ein Zusammengehen beider Parteien fortzuführen. In Westkirchen im Kreise Warendorf rief Landtagsabgeordneter Peters (CDU) zur Zusammenarbeit von CDU und Zentrum auf, die sich im Landtag bewährt habe und auch in der Gemeinde durchgeführt werden müsse.

## Umfrage: Du und der Rundfunk

Das Institut für Publizistik an der Universität Münster, das von Prof. Dr. Walter Hagemann geleitet wird, hat im Frühjahr d. J. durch fünfzig Instituts-Mitglieder bei insgesamt eintausend Personen in Nordrhein-Westfalen eine Umfrage veranstaltet, und zwar nach einem Schlüssel, der der soziologischen Schichtung der Bevölkerung entspricht.

Es wurden insgesamt achtundzwanzig Fragen aus allen Gebieten des Rundfunks gestellt. Die gewonnenen Ergebnisse sind für den Zeitpunkt der Befragung gültige Durchschnittswerte, vornehmlich für den nordwestdeutschen Bereich. Die Aufarbeitung der Antworten erfolgte in zwei Gruppen zu je fünfzig Fragebogen. Die in jeder Gruppe gewonnenen Ergebnisse, die dann zusammengestellt wurden, wiesen regelmäßig eine fast vollkommene Übereinstimmung auf, so daß das Gesamtergebnis als besonders wertvoll und zuverlässig angesprochen werden kann.

Von den eintausend Befragten waren 52,6% Frauen und 47,4% Männer. Darunter befanden sich 24,3% Arbeiter, 21,8% Angestellte, 8,5% Beamte, 8,6% freie Berufe, 2,5% Bauern, 21,6% Hausfrauen und 12,7% Pensionäre, Rentner, Invalide und Berufslose. 46,4% der Befragten waren verheiratet, 44% ledig, 8,1% verwitwet und 1,5% geschieden. Evangelisch waren 51,6%, katholisch 45,6%, sonstige 2,8%.

Über ihr Einkommen machten 81,8% der Befragten Angaben. Danach hatten 17,8% ein monatliches Einkommen bis zu DM 100.—, 25,3% von DM 100.— bis DM 200.—, 22% von DM 200.— bis DM 300.—, 12,2% von DM 300.— bis DM 400.—, 5,8% von DM 400.— bis DM 500.—, 3,1% von DM 500.— bis DM 750.—, 1,1% von DM 750.— bis DM 1000.— und 0,8% über DM 1000.—.

Diesen Einkommensverhältnissen gegenüber ist interessant die Beantwortung der Frage: „Wann etwa haben Sie Ihr Gerät gekauft?“ Es ergab sich, daß 29% der Befragten ihr Gerät zwischen 1925 und 1939 gekauft haben, 29,7% haben ihr Gerät zwischen 1940 und 1949 gekauft (davon 20,8% zwischen 1945 und 1949), aber 41,3% haben ihr Gerät im Jahre 1950 und 1951 gekauft. Beinahe die Hälfte aller Hörer besitzt also moderne Radiogeräte, ein interessantes Beispiel für die durch Wirtschaftspolitik der Bundesregierung erreichte Besserung der Einkommensverhältnisse des Durchschnitts der Bevölkerung. Man muß dem gegenüber halten, daß nach den vorher angegebenen Zahlen über die Einkommensverhältnisse der Befragten 65,1% aller Befragten zu den Einkommensgruppen bis monatlich DM 300.— gehören.

Die Frage: „Glauben Sie, daß der Rundfunk in seinen Sendungen so objektiv wie möglich unterrichtet?“ wurde von 47,8% mit „Ja“, von 31,7% mit „Nein“ beantwortet, unentschieden waren 12%, keine Antwort gaben 8,5%. Die Frage: „Wünschen Sie politische Kommentare?“ ist von 50% der Befragten mit „Nein“, von 44,3% aber mit „Ja“ beantwortet worden. Dabei waren wiederum 34,3% der Befragten der Auffassung, daß die Kommentare die persönliche Meinung des Sprechers wiedergeben sollen, während 12,7% das verneinten, 10,8% unentschieden waren und 42,2% diese Frage überhaupt nicht beantworteten. Der Rundfunk wird also bei den politischen Kommentaren bleiben können. Wir sind der Überzeugung, daß die 50% der Befragten, welche die politischen Kommentare überhaupt ablehnen, dabei in erster Linie an die einseitig parteipolitisch beeinflussten

Kommentare gedacht haben. Als Vergleich führt das Institut an, daß eine im Jahre 1950/51 durchgeführte Zeitungsleser-Befragung auf die Frage: „Soll Ihre Zeitung in der Politik nur sagen, was geschehen ist oder soll sie in bestimmter Weise Stellung nehmen?“, sich 51,6% für die Stellungnahme entschieden haben. 49,2% der Befragten wünschen, daß auch offizielle Persönlichkeiten, Staatsmänner, Minister, Parteiführer, Gewerkschaftsführer, Wirtschaftsführer im Rundfunk zu Wort kommen, während 28,8% das ablehnen und 22% entweder unentschieden waren oder keine Antwort gaben. 54,6% wünschen nicht in ihrem örtlichen Sender mehr Heimatsendungen zu hören — ein etwas erstaunliches Ergebnis —, während 33,9% diesen Wunsch haben und 11,5% unentschieden sind oder keine Antwort gaben.

## Zwischen Wien und Bonn

Von unserem Wiener Mitarbeiter

Die Beziehungen zwischen Österreich und der Bundesrepublik, die sich im Besuch Österreichs als Reiseland durch die immer noch so genannten „Reichsdeutschen“ persönlich in alter Herzlichkeit entwickelt haben, beginnen sich nach und nach zu normalisieren. Erfreulicherweise bahnten sich in der letzten Zeit Gespräche um konkrete Probleme an, die nicht unmittelbar mit Politik belastet sind. Wenn einmal Bonn oder Frankfurt, ein andermal Wien Treffpunkte von Regierungsmitgliedern sind, so entfallen öffentliche Diskussionen über politische Themen. Die Ansichten über bestimmte Probleme der Weltpolitik differieren in den beiden großen „Bruderparteien“, in der CSU/CDU einerseits und in der Österreichischen Volkspartei andererseits, wie auch bei der SPD und bei der SPÖ.

In wirtschaftlichen Dingen bewährt sich die Partnerschaft mit Deutschland in steigendem Maße, wie die vor kurzem bekannt gewordenen Ergebnisse des Außenhandels verraten. Westdeutschland steht im Export an erster Stelle (14,2 v. H.) und erreichte damit die Zahlen von 1937 (14,8 v. H.). In größerem Abstand erst folgen Italien (11 v. H.), Großbritannien (8,8), die Schweiz (6,1) und USA (6). Von den Importländern steht Westdeutschland mit 16,8 v. H. an zweiter Stelle hinter den Vereinigten Staaten (22,2 v. H.). Der Importerlös der deutschen Waren betrug 2,4 Milliarden Schilling, der Exporterlös 1,4 Milliarden.

Günstig verlaufen die Bestrebungen der beiden Nachbarn, die Kräfte der Grenz-

Auch das Fernsehen spielte bei der Befragung eine Rolle. 74,9% begrüßen die Entwicklung der Fernsehens als einen Fortschritt, 28,9% würden bereit sein, für die Beschaffung eines Fernsehempfangsgerätes den Betrag von DM 1000.— aufzuwenden, während 64,1% für diesen Betrag die Beschaffung eines Fernsehempfängers ablehnen. Auch hier ist interessant, daß, gemessen an den den vorgetragenen Einkommensverhältnissen, fast ein Drittel der Befragten bereit ist, eine erhebliche Ausgabe (etwa den Preis, der für die Beschaffung eines Klein-Motorrades aufgebracht werden muß) für den Ankauf eines Fernsehempfängers aufzuwenden, ein Ergebnis, das für den in Betracht kommenden Industriezweig von großem Interesse ist. Bei den jetzt üblichen Preisen der Fernsehempfangsgeräte von DM 1500.— aufwärts, werden nur wenige Hörer in der Lage sein, einen Apparat zu kaufen.

Abschließend darf gesagt werden, daß dem Institut für Publizistik und seinem Leiter, Prof. Dr. Walter Hagemann, Dank für die hier geleistete ausgezeichnete Arbeit gebührt. Dh.

flüsse auszunutzen. So befindet sich seit Monaten bei Braunau am Inn ein großes Werk im Bau. Kürzlich wurde vom deutschen Bundesverkehrsminister Dr. Seehofer und dem bayerischen Finanzminister Zietsch in Wien der Vertrag über die „Jochenstein A.G.“ unterzeichnet, der die Errichtung eines deutsch-österreichischen Donaukraftwerkes unterhalb von Passau ermöglicht. Die Baukosten werden voraussichtlich 160 Mill. DM betragen und von beiden Staaten zu 50 v. H. erlegt. Bis 1956 bzw. 1957 werden ca. 1200 Arbeiter beschäftigt werden. Bei Unterzeichnung des Vertrages wurde auch ein Vertrag zwischen der Rhein-Main-Donau-AG. und der Österreichischen Elektrizitätsgesellschaft AG. unterfertigt, die als Hauptaktionäre in die neue Gesellschaft eintreten.

Der österreichische Justizminister Dr. Tschadek erwiderte den Besuch seines Kollegen Dr. Dehler in Bonn und konnte nach seiner Rückkehr nach Wien mitteilen, daß ein deutsch-österreichisches Rechtshilfeabkommen sofort in Kraft treten werde. Völlig ab können also deutsche und österreichische Gerichte direkt dienstlich miteinander in Verbindung treten und brauchen nicht mehr den diplomatischen Weg einzuschlagen.

Wenn Minister reisen, so knüpft man an ihre Gespräche hinter verschlossenen Türen immer Vermutungen, daß sie mehr verhandelt und ausgehandelt hätten, als sie amtlich bekanntgeben. Als Dr. Tschadek wieder in Wien eintraf, beehrte er sich, der Austria-Press-Agentur mitzuteilen, daß anlässlich seiner Anwesenheit (in Bonn) nicht über das deutsche Eigentum in Österreich gesprochen wurde. Und als Bundesverkehrsminister Dr. Seehofer in Wien dem österreichischen Staatspräsidenten General Dr. Körner, dem Bundeskanzler Dr. Figl und dem Vizekanzler Dr. Schärff Besuche abstattete, sollen, wie österreichischerseits amtlich betont wurde, nur private Dinge besprochen worden sein. Man sieht also, wo die neuralgischen Punkte in den Beziehungen zwischen den beiden Staaten sitzen.

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, Bonn, Blücherstr. 14. Redaktion: Bonn, Pressehaus IV am Bundeshaus, Schließfach 102. Druck: Buch- u. Verlagsdruckerei L. Leopold, Bonn.